

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/223

Karlsruhe-Schwarzwaldhalle
23. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Karlsruhe</u> Zum 16. Bundesparteitag der Deutschen Sozialdemokratie	98
2	<u>Bei uns wird die Demokratie gelebt</u> Alfred Nau: "Wir brauchen Menschen, die bereit sind, in den Parteien zu dienen."	42
3 - 3a	<u>Die Sozialdemokratische Partei zur Lage der Bundeswehr</u> Von Helmut Schmidt Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg	64
4	<u>Hoffnung auf ein "Kairos"</u> Es geht um die zukunftsweisende Bildungspolitik Von Waldemar von Knoeringen	50
5	<u>In Freundschaft verbunden</u> Ausländische Gäste in Karlsruhe	54
6	<u>"LEBEN UND WÖRKEN IN MODERNEN GEMEINDEN"</u> Eine neuartige Ausstellung zum Parteitag Karlsruhe	42

Karlsruhe

Zum 16. Bundesparteitag der Deutschen Sozialdemokratie

sp - Wichtige politische Entscheidungen fallen in diesen Tagen in Karlsruhe, dem Sitz des höchsten deutschen Gerichts in der Bundesrepublik. Die Sozialdemokraten halten in der Schwarzwaldhalle ihren 16. Bundesparteitag seit dem größten Zusammenbruch in der Geschichte des deutschen Volkes ab.

Parteitage der SPD haben in der deutschen und Weltöffentlichkeit immer große Beachtung gefunden; das galt schon zu Schumachers und zu Erich Ollenhauers Zeiten. Je nach dem politischen Standort, den der Beobachter oder der politisch Engagierte einnahm, verfolgte er mit Zustimmung oder leidenschaftlicher Ablehnung die Entwicklung einer Partei, die aus hundertjähriger deutscher Geschichte nicht wegzudenken ist. Zeiten bitterster Verfolgung über sich ergehen lassen mußte, jedoch immer auch die Kraft zum Wiederaufstieg fand. In den letzten 100 Jahren brachen Kaiserreiche und scheinbar festgefügte gesellschaftliche Systeme zusammen, die europäische und die Weltlandkarte erfuhren radikalsten Wandel. Eine technische Revolution ohnegleichen gab dem menschlichen Bewußtsein neue Inhalte, doch geblieben ist das Streben der Sozialdemokratie, unter stets sich wechselnden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen dem Menschen ein Höchstmaß von Freiheit und freier Entfaltung zur Persönlichkeit zu sichern. Stets war aber auch das Wirken dieser Partei um Freiheit und Gerechtigkeit nach innen auch eingebettet in das Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit allen Völkern, um dem Frieden zu dienen. Patriotismus und internationale Gesinnung empfand sie nicht als Gegensatz, sondern als höchste Humanität.

Die deutsche Sozialdemokratie kann seit ihrem Wiedererstehen auf gewaltige und imponierende Leistungen zurückblicken. Sie befruchtete nicht nur die Gesetzgebung der Bundesrepublik, sie stärkte nicht nur die demokratische Grundlage unseres Staates, sie gab den zerstörten deutschen Städten ein neues und schöneres Antlitz und den Stadtstaaten und Ländern, in denen sie regiert, die fortschrittlichste, am Möglichen und Notwendigen sich orientierende Gesetzgebung. Im Bundestag fiel ihr die Rolle eines wachsamem Hüters unseres Grundgesetzes zu; sie nahm und nimmt den Auftrag unserer Verfassung ernst, die Bundesrepublik so auszugestalten, daß sie zu einer Heimstätte für alle werde. Unzählige Gesetzesinitiativen zeugen von diesem Bestreben.

In dieser Woche richten sich die Blicke des In- und Auslandes auf Karlsruhe, auf den 16. Bundesparteitag der SPD. Er findet in einem veränderten politischen Klima statt; er steht im Zeichen des wachsenden Vertrauens unseres Volkes zu dieser Partei. Noch bis vor wenigen Jahren in unserer gespaltenen Nation tief verwurzelte, geschichtlich bedingte Vorurteile bestehen nicht mehr, sie sind gefallen. Das Godesberger Programm wirkt sich heute aus; trägt Zinsen.

Dieser gelungene Versuch, Erkenntnisse der Wissenschaft mit politischem Willen und politischen Zielsetzungen zu verschmelzen,

entsprang nicht taktischen Absichten, wie manche Toreen nun zu ihrem Erschrecken erkennen. Es war die notwendige Konsequenz aus einer in Fluß befindlichen Entwicklung, die neue, nach Antwort heischende Problemstellungen für Staat und Gesellschaft im Atomzeitalter aufwirft.

Daß ein Erich Ollenhauer als Parteivorsitzender die Tore weit aufschloß für das Hineinströmen neuer Gedanken, das allein weist ihn schon als einen Staatsmann aus, dem leider ein frühzeitiger Tod weiteres Wirken versagte.

Heute ist es die Sozialdemokratie, die in der Bundesrepublik die Themenstellung bestimmt und die beharrenden Kräfte der Unionsparteien zur Auseinandersetzung zwingt. Den einst viel gelästerten Begriff von Gemeinschaftsaufgaben machten sich die Unionsparteier zu eigen. Allerdings hinken sie hier weit nach und sind in der Defensive, was sie hier zu bieten haben, trägt alle Merkmale des Pfluscherwerks. Weder können sie in Fragen einer gerechteren Vermögensbildung für Millionen von fleißigen Arbeitnehmern vorankommen, noch sind sie in der Lage, die für ein gesundes Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden so wichtige Finanzreform in den Griff zu bekommen.

Der Parteitag der SPD in Karlsruhe hat eine Fülle von Sachentscheidungen zu fällen, die weite und entscheidende Bereiche unseres öffentlichen Lebens berühren. Die deutsche Politik braucht entscheidende Impulse, um aus der Erstarrung herauszukommen, in die sie durch die Lethargie und den inneren Hader der Unionsparteien gestürzt wurde. Der Ruf nach Erneuerung schallt durch die Lande.

Die junge Generation, aufgewachsen in der Nachhitlezeit, kühl, nüchtern, unpathetisch, strebt nach vorn und stellt an die Führenden in Staat und Gesellschaft hohe Ansprüche. Sie will nicht gegängelt werden, sie will mehr Bildung und Wissen, sie findet oft den Weg dorthin versperrt.

Die Delegierten dieses Parteitages, Männer und Frauen, die selbst in großer Verantwortung in der Öffentlichkeitsarbeit den Beweis erbrachten, daß sie gut regieren können, spüren den Atem der Zukunft. Das gibt ihren Beratungen eine Atmosphäre, die geprägt wird von der Gewißheit, im kommenden Jahr eine Wende in der deutschen Politik herbeiführen zu können.

Als der stellvertretende Vorsitzende Herbert W e n n e r den Parteitag eröffnete, die stattliche Anzahl der Gäste und Delegierten begrüßte, wurde bewußt, wie sehr die Deutsche Sozialdemokratie heute alle gesellschaftlichen Schichten unseres Volkes umfaßt. Kaum eine der großen Organisationen in der Bundesrepublik hat es sich nehmen lassen, auf diesen Parteitag durch einen oder mehrere führende Persönlichkeiten vertreten zu sein. Der weite Bogen, gespannt von den Gewerkschaften über die Kirchen, die Wissenschaften, die Berufsverbände, die Landmannschaften der Vertriebenen bis zu den Sportlern - sie alle sind gekommen, um hier in Karlsruhe mitzuerleben, wie die SPD ihre Politik formt, wie sie die Probleme des Heute und Morgen diskutiert und in sicher oft auch hart erstrittener Entscheidungen ihren Mitgliedern in den Parlamenten und im öffentlichen Leben eine dem ganzen Volke dienende Verhaltensweise aufzeigt.

Wer in diesen Tagen Karlsruhe erlebt, auch durch das Medium des Fernsehens, ist beeindruckt von der Stärke des Willens einer Partei, den Platz in der Führung des Staates zu erobern, der ihr zukommt.

Bei uns wird die Demokratie gelebt

Alfred Nau: "Wir brauchen Menschen, die bereit sind,
in den Parteien zu dienen."

sp - Wer angenommen hat, der Schatzmeister der SPD, Alfred Nau, werde in seinem Vortrag mit dem sachlich nüchternen Titel "Die Parteien im demokratischen Staat" lediglich eine Reihe von organisatorischen Tatsachen bekanntgeben, irrte sich. Was hier dargestellt wurde, war das offene Bekenntnis zur Mitgliederpartei, ohne die im demokratischen Staat eine politische Gemeinschaft nicht Bestand haben kann. Gleichzeitig war der Vortrag von Alfred Nau aber auch eine Ehrung aller jener, die in den vergangenen Jahren allzu oft geringschätzig als "die Funktionäre" bezeichnet wurden. Wenn die Sozialdemokratie heute mit ihren 700 000 Mitgliedern eine achtunggebietende und solide Basis der deutschen Demokratie darstellt, dann ist dies das Ergebnis einer jahrzehntelangen und durch nichts zu beirrenden harten Arbeit vieler Gleichgesinnter im Dienst der Gemeinschaft.

Die anderen Parteien in der Bundesrepublik haben es an sich selbst erfahren, was es bedeutet, auf die freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit beruhende Tätigkeit ihrer Anhänger im öffentlichen Leben zu verzichten und an Stelle dessen zu glauben, sie könnten mit Honoratioren oder Managern auskommen. Alfred Nau formulierte das so:

- * "Wahlstrohfeuer sinkt sofort zur Asche. Was wir aber brauchen,
- * ist die dauernde wärmende Glut, die nur Menschen weitergeben
- * können, die bereit sind, in den Parteien zu d i e n e n."

In diesem Zusammenhang gestellt, ist auch verständlich, daß die SPD größten Wert auf die Feststellung legt, eine demokratische Partei müsse sich zuörderst durch die Beiträge ihrer Mitglieder finanzieren. Wenn zusätzlich hierzu öffentliche Gelder verwandt werden, dann so, daß hierdurch dem demokratischen Staat als G a n z e m ein Vorteil erwächst und nicht nur der Partei selbst. Das hat die Sozialdemokratie in der Praxis getan, indem sie u.a. beschloß, die von den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP bewilligten öffentlichen Gelder allgemeinbildenden Zwecken, der staatsbürgerlichen Erziehung im Sinne des demokratischen Bürgerbewußtseins zuzuführen. Die große Buchaktion, die besonders den Schulen zugute kommt, hat gezeigt, wie stark der Drang vieler junger Menschen ist, sich selbst weiterzubilden und auch jene Periode der deutschen Geschichte kennenzulernen, von der ihr bisher nur allzu wenig gesagt wurde.

Alle Vorstellungen der SPD, das politische Gespräch mit dem Bürger weit über den Kreis einer Partei hinaus zu entwickeln, sind noch nicht verwirklicht worden. Die Politik der Sozialdemokratie noch stärker in das Volk hineinzutragen, damit die Mehrheit unseres Volkes erkennt, daß jeder mündige Bürger in der Demokratie für den Staat mitverantwortlich ist, bleibt das Ziel der Deutschen Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei zur Lage der Bundeswehr

Von Helmut Schmidt

Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg

Mit dem Antrag Nr. 124 hat der Parteivorstand dem SPD-Parteitag in Karlsruhe einen Aspekt der wehrpolitischen Probleme vorgelegt, wie er mit dieser Blickrichtung und in dieser ausführlichen Sorgfalt bisher auf Parteitagungen nicht behandelt worden ist. Es geht hier nicht um Strategie und Bündnispolitik - diese sind in dem außenpolitischen Entschließungsantrag des Parteivorstandes (Antrag Nr. 125 "Deutschlands und Europas Sicherheit") behandelt - sondern vielmehr um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und um die Sorgen der Soldaten.

Wir unterstellen dabei, daß die Soldaten durchaus willens sind, den Grundsätzen moderner Menschenführung zu folgen, wie das viele militärische Vorgesetzte ja auch schon früher getan hatten. Wir unterstellen, daß die Bundeswehr als Ganzes Vertrauen verdient und daß sie in ihrer Haltung und in ihrem Entwicklungstand staatspolitisch nicht anders zu bewerten ist, als etwa das Justizwesen oder das Bildungswesen in der Bundesrepublik. Wir unterstellen, daß die Bundeswehr weder ein Sonderfall in der deutschen Gegenwartsgesellschaft ist, noch daß sie Staat im Staate sein wolle.

Wir erklären, daß es in der Bundesrepublik Schwächen gibt, wie in anderen Bereichen staatlicher Institutionen auch, und daß sie nur beseitigt werden können, wenn nicht nur die Soldaten und Zivilangehörigen der Streitkräfte, sondern ebenso Parlament und Regierung, öffentliche Meinung und Bürger darin zusammenwirken:

- * "Die Bürger müssen wissen, daß eine in ihrer Grundgesinnung
- * demokratische Armee auf die Dauer nur dann möglich ist, wenn
- * sie von einem in seiner Grundgesinnung demokratischen Volke
- * akzeptiert wird. Dazu müssen die Bürger den Auftrag der Bundes-
- * wehr kennen und verstehen."

Der Antrag beschäftigt sich in Kürze mit den wirklichen Ursachen der heutigen Schwächen in der Bundeswehr und ausführlich mit Vor-

schläge zu ihrer Abhilfe. Die Ursachen liegen nicht bei einem Mangel an gutem Willen - sie liegen vielmehr vornehmlich in der komplizierten und schwerfälligen Organisation, im Bildungs- und Ausbildungswesen, in der bürokratischen Überforderung der Kompaniechefs und Bataillonskommandeure, in einer zentralistischen Personalwirtschaft und - vor allem anderen - im Mangel an voll ausgebildeten Unterführern. In allen diesen Punkten zieht die EntschlieÙung gründliche Konsequenzen aus den Erfahrungen.

Der amtliche Bericht des Wehrbeauftragten wird nur einleitend erwähnt, auch von Nagold ist nicht die Rede; es wird aber sehr klar gemacht, daß im Mangel an Unterführern das "Schlüsselproblem" für alle praktischen Fragen des inneren Gefüges liegt. Ausbildung und Aufgabenstellung sowie Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände und des Ansehens der Unteroffiziere stehen im Zentrum. "Das Unteroffizierkorps ist das Rückgrat der Bundeswehr."

Der Parteivorstand fordert eine nüchterne Auswertung der Trup-penerfahrungen, damit die in Bonn aufgestellten Postulate in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Möglichkeiten und Leistungsfähigkeiten der Truppe gebracht werden. Ebenso klar wendet sich die EntschlieÙung aber auch an die Schulen: sie sollen endlich in ausreichenden Maße Sport treiben, und vor allem: die Bundeswehr darf erwarten, daß die jungen Soldaten eine elementare Vorstellung von den Rechten und Pflichten des Staatsbürgers mitbringen. "Staatsbürger in Uniform" sind nur möglich, wenn die jungen Wehrpflichtigen auch schon vor ihrer Dienstzeit zu bewußten Staatsbürgern erzogen worden sind.

Der Parteivorstand wendet sich aber auch an die ganze sozialdemokratische Partei und bittet sie, sich weiterhin auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens um die berechtigten Interessen der Soldaten und um den Interessenausgleich zwischen Kommunen und Militär zu bemühen. Die Bundeswehr bedarf dieser Sorge genau so wie alle anderen öffentlichen Institutionen auch. Die EntschlieÙung weist dafür nicht nur die grundsätzliche Richtung, sondern sie gibt auch, vielfältig gegliedert, grundsätzliche Antworten auf offene Fragen.

Hoffnung auf "ein Kairos"

Es geht um die zukunftsweisende Bildungspolitik

Von Waldemar von Knoeringen

Auf dem Kulturpolitischen Kongress der CDU in Hamburg sprach der baden-württembergische Kultusminister Professor Hahn davon, daß "ein Kairos" in der Bildungspolitik angebrochen sei. Kairos, so nannten die Griechen jenen fruchtbarsten Augenblick, in dem die Geschichte dem Menschen plötzlich eine einzigartige Gelegenheit und Möglichkeit gibt, in das geschichtliche Geschehen gestaltend einzugreifen. Dieses Wort eines Kultusministers verrät zwar auch klassische Bildung, vielmehr aber eine erstaunliche Unkenntnis der bildungspolitischen Entwicklung. Wir Sozialdemokraten sehen in dem zunehmenden Interesse, das die Bildungs- und Wissenschaftspolitik heute findet, keinen Einbruch des Ewigen in die Gegenwart, sondern den natürlichen Ausdruck einer Entwicklung, die wir seit vielen vielen Jahren vorausgesehen und an der wir selbst wesentlichen Anteil haben.

Die Sozialdemokratie ist aus den Arbeiterbildungsvereinen in der Mitte des vergangenen Jahrhundert hervorgegangen. Es gibt kein Programm der SPD in dieser ganzen Zeit, das nicht den Stempel des Bildungswillens und die hohe Wertung der Wissenschaft trüge. Die Entschlüsse der Parteitage sind Meilensteine, an denen das Wachsen der Erkenntnis über die Bedeutung der Kulturpolitik im gesellschaftlichen Prozess abgelesen werden kann.

Mit der Entwicklung der zweiten industriellen Revolution nach dem zweiten Weltkrieg hat die Sozialdemokratie die schicksalhafte Bedeutung der Reform unserer Bildung, die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und deren Beziehung zur politischen Entscheidung im weitesten Sinne erkannt. In ihrer Entschlußung Nr. 100 auf dem Parteitag 1956 in München wird Kulturpolitik zur Gesellschaftspolitik. Die SPD war die erste Partei, die sich den Problemen der Demokratie in der hochentwickelten Industriegesellschaft offen und sachlich stellte und die entschlossen war, zur rechten Zeit umzudenken und neuzudenken.

Die Diskussionen um politische Bildung, um Begabungsförderung, um zweiten Bildungsweg, Bildungsplanung, Wissenschaftspolitik, Koordinierung der deutschen Kulturpolitik u.a. bewegten diese Partei, als andere mit der Formel "Keine Experimente" sich im Schlaf der Sättigkeit zufrieden fühlten. Entscheidende Initiativen sind in dieser Zeit von der SPD ausgegangen: Wissenschaftsrat, Bildungsrat, Bedarfsplanung, Schulversuche, Landschulreform.

Auf dem Parteitag in Karlsruhe legt der Parteivorstand die bildungspolitischen Leitsätze und ein Sofortprogramm vor. Wieder ist die SPD den anderen voran. Sie weiß, daß es jetzt um konkrete Lösungen geht. Sie wird überall nach diesen Beschlüssen handeln, wo sie Einfluß auf die Regierungspolitik nehmen kann. Die Leistungen sozialdemokratischer Bildungs- und Wissenschaftspolitik in den Ländern zeugen für sie. Wenn jetzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung, vor allem der Wirtschaft, bei dem immer lauter werdenden Ruf nach Fachkräften bei der CDU/CSU ein "Kairos" ausgebrochen ist, so läßt das hoffen, daß wir endlich dazu kommen, über die Geisterschlacht der Ideologien hinweg, Bildung und Wissenschaft als erste Gemeinschaftsaufgabe zu erkennen und im Interesse unseres Volkes und unserer Kultur sachliche Entscheidungen zu treffen. Darum erwarten wir das große kulturpolitische Gespräch der Parteien.

In Freundschaft verbunden

Ausländische Gäste in Karlsruhe

E.D. - Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Karlsruhe sieht nicht nur Delegierte und Gäste aus dem freien Teil Deutschlands, an ihm nehmen auch zahlreiche Vertreter befreundeter sozialdemokratischer Parteien und demokratischer Organisationen aus dem europäischen und überseeischen Ausland teil. So gesehen ist dieser Parteitag, wie schon so viele vor ihm, auch eine Stätte internationaler Begegnung und Aussprache. Erneut wird deutlich, daß der Deutschen Sozialdemokratie viele gewichtige und bedeutsame politische Kräfte der Nachbarstaaten der Bundesrepublik in Freundschaft und partnerschaftlicher Zusammenarbeit verbunden sind.

Tage E r l a n d e r , Schwedens Ministerpräsident, und sein dänischer Kollege Jens-Otto K r a g , der Vorsitzende der siegreichen Labour-Party Großbritanniens und Minister im Kabinett Wilson, Anthony G r e e n w o o d , der österreichische Vizekanzler Dr. Bruno P i t t e r m a n n , um nur einige der sozialdemokratischen Gäste aus Europa zu nennen, sind in Karlsruhe anwesend.

Die Teilnahme des Ersten Vizepräsidenten des tunesischen Parlaments und Mitgliedes des Politischen Büros der Parti Socialiste Testourien, Ahmed F l i l i , sowie anderer führender Vertreter des politischen Lebens in Afrika und Asien, zeigt auf, wie stark die Bindungen der deutschen Sozialdemokraten zu ihren Freunden in Übersee geworden sind.

Hierin beweist sich auch, was die SPD durch ihre stete und unermüdete Arbeit an Vertrauen und Sympathie für das demokratische Deutschland im Ausland aufgebaut hat. Die nationalpolitischen Interessen des deutschen Volkes müssen nicht nur in Europa und in den Vereinigten Staaten überzeugend dargelegt werden; gerade in den Ländern Asiens und Afrikas ist es wichtig, sich um Verständnis für unsere Probleme und Sorgen zu bemühen. Die SPD ist eine deutsche Partei in der europäischen Gemeinschaft mit internationaler Verpflichtung. Karlsruhe legt dar, daß die deutschen Sozialdemokraten diese Aussage ernst nehmen.

In Freundschaft verbunden mit den der Zukunft zugewandten demokratischen Kräften der ganzen Welt - das ist nicht nur ein Motto; für die SPD ist es ein wichtiges Element ihrer Existenz.

"LEBEN UND WOHNEN IN MODERNEN GEMEINDEN"

Eine neuartige Ausstellung zum Parteitag Karlsruhe

"So, wie wir unsere Städte heute bauen, werden morgen unsere Kinder leben", - eine schlichte Wahrheit, zugleich aber so etwas wie ein kategorischer Imperativ, der sich an alle Kommunalpolitiker der Zeit richtet, gesprochen von einem, der selbst ein großer Kommunalpolitiker war, von Walter Kolb nämlich, dem unvergessenen Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main.

Das Zitat findet sich irgendwo unter den Bildertexten der Ausstellung "Leben und wohnen in modernen Gemeinden". Diese Ausstellung ist ein Stück vom Parteitag in Karlsruhe, unter dem Dach der Schwarzwaldhalle. Sie demonstriert einen Teil - und wir wissen, nicht den schwächsten - der Politik, die wenige Schritte weiter im großen Saal gefordert wird.

Eine neue und sehr junge Ausstellung. Sie wurde zum ersten Mal in Saarbrücken gezeigt, und zwar aus Anlaß der kommunalpolitischen Tagung der SPD im Juni 1964. Seitdem ist sie als Wanderausstellung durch Westdeutschland gegangen. Oberhausen, Marl, Dortmund, Koblenz, Landau und Weurkirchen waren ihre weiteren Stationen. Viele Zehntausende haben sie gesehen und ihre Freude daran gehabt.

Es ist eine Ausstellung, die fasziniert. Gewiß, es gibt dort Fotos zu sehen, viele schöne großformatige Fotos, viele in der sogenannten Korkavaufmachung, in einer neuartigen, dem Auge gefälligen Beugung. Imponierend ist die Zahl der Modelle, Modelle im großen Maßstab, farbig, naturgetreu, mit Spielzeugautos. Es geht Kreuz und Quer durch Deutschland; von Hamburg über Köln nach München, um nur einige Namen zu nennen.

Das alles ist nicht etwa an endlosen Wänden aufgebaut, sondern in Teile aufgelöst, die sich ganz unterschiedlich aufstellen lassen, wie es der Raum notwendig oder wünschenswert macht.

Die Männer, die sich diese Ausstellung ausdachten, müssen über große Erfahrungen verfügen. Sie wußten zum Beispiel, daß der Zuschauer Bewegung braucht und ließen es daher nicht an Drehsäulen fehlen, nicht an farbigen Dias, die sich automatisch und ständig erneuern.

Die Ausstellung hat auch einen tönenden Teil. Der Besucher braucht nur einen Hörer aufzunehmen und sich geruhsam an einen der "Tontische" zu setzen: "Große Oberbürgermeister"; "Unsere neue Zeit"; "Glocken der Heimat" - so tönt es ihm vom Tonband entgegen. "... wir kommen nach Süden ... Regensburg, die Glocken von Sankt Peter erheben ihre eiserne Stimme..."

Imponierend ist, wie hier "in Bild und Ton" neue deutsche Geschichte gezeigt wird, Geschichte, geprägt von dem Gestaltungswillen der Sozialdemokraten in Stadt und Land.